

↳ Dr. Joachim Beerhorst ist Leiter des Ressorts Aus- und Weiterbildung für Hauptamtliche beim Vorstand der IG Metall und Lehrbeauftragter an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt/Main.

Foto: privat



Die Privatwirtschaft auf gesellschaftliche Belange verpflichtet

Interview mit Joachim Beerhorst

spw: Wirtschaftsdemokratie ist ein Bestandteil des aktuellen Diskurses über einen sozial-ökologischen New Deal. Wo muss sie ansetzen, um die Kurzfristorientierung von Unternehmen mit der Fixierung auf die Aktienkursentwicklung zu überwinden und die Mitbestimmung der Beschäftigten sowie demokratische Investitionssteuerung zu stärken?

» **J.B.:** Ich denke, sie muss und kann überall dort ansetzen, wo Arbeit und Wirtschaft organisiert werden:

Auf der Ebene der Wirtschaftspolitik durch die Ausrichtung auf soziale Wünschbarkeit und ökologische Verträglichkeit, auf der Unternehmensebene durch die Orientierung auf nachhaltige Entwicklung und eine andere Zusammensetzung der Aufsichtsgremien, die diese Interessen abbildet; auf der betrieblichen Ebene durch eine Haltung und Politik von Betriebsräten und – wo vorhanden Vertrauensleuten, die Arbeitsplatzinteressen und gesellschaftliche Interessen zusammen denkt und in allererster Linie innerbetriebliche, aber auch über- und außerbetriebliche Öffentlichkeit und Beteiligung herstellt; schließlich auf der Ebene des Arbeitsplatzes, wo die Beschäftigten aus der Rolle der Ausführenden und Vertretenen heraustreten und ihre Potenziale an Gestaltungsideen, sozialer Vernunft und Selbstorganisation ange-

sprochen werden können – eine Möglichkeit und Herausforderung zugleich.

Bei all dem muss man nicht auf institutionelle Veränderungen – etwa des Mitbestimmungs-, Gesellschafts- oder Betriebsverfassungsrechts – oder auf die ohnehin schwerer zu beeinflussende Bundespolitik warten. In der Kommunal- und Regionalpolitik lassen sich Interessen organisieren, Bündnisse schließen und politische Räume besetzen, so dass die örtliche Wirtschaftsentwicklung demokratischen Steuerungsleistungen zugänglich wird. Die Gewerkschaften könnten die Arbeit der gewerkschaftlich organisierten inner- und außerbetrieblichen Aufsichtsräte gerade gegenwärtig in dem Sinne politisieren, dass sie sich – gemeinsam und auch öffentlichkeitswirksam – für eine Abkehr von einer rein profitorientierten Unternehmensführung der kurzen Horizonte einsetzen.

Und die im Frühjahr 2010 anstehenden Betriebsratswahlen können durchaus mit inhaltlichen und beteiligungsorientierten Positionen geführt werden, die ein Mehr an innerbetrieblicher Demokratie versprechen und einlösen. Reale Ansatzpunkte und Erfahrungen in der Betriebs- und Tarifpolitik gibt es hier durchaus – bis hin zur Festlegung von Investitionsentscheidungen und damit zur faktischen Ausweitung der Mitbestimmung in wirtschaftlichen Angelegenheiten.

spw: Müssen wir nach dem Scheitern des „Shareholder Value“-Modells nicht über ganz neue Unternehmens- bzw. Wirtschaftsformen nachdenken? In welchen Branchen in Deutschland wären der Ausbau öffentlicher und genossenschaftlicher Unternehmen oder die Überführung in Gemeineigentum von zentraler Bedeutung und wo besteht darauf eine realistische Aussicht?

» **J.B.:** Mit dem Genossenschaftsgedanken tun wir uns nach dem Niedergang der gewerkschaftlichen Gemeinwirtschaftsunternehmen ja schwer – dennoch würde ich ihn nicht aufgeben. In einigen Bereichen gibt es auch bei uns genossenschaftliche Unternehmen und in globaler Perspektive sind sie durchaus verbreitet, nicht nur in Entwicklungs- oder Schwellenländern. Näherliegend für uns finde ich zunächst aber die Frage, wie wir die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen einschränken und umkeh-

ren und wie wir gesellschaftliche Interessen gegenüber Unternehmen und Branchen durchsetzen.

Eine Antwort ist sicher die Rück- oder Überführung von Transportdienstleistungen in öffentliche Verantwortung, weil Mobilität eine öffentliche Angelegenheit ist, ebenso die Ent-Privatisierung der Daseinsvorsorge – gesellschaftliche Themen wie Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Bildung, Altersrenten und Gesundheit sind öffentlich besser zu lösen als privat. Dass auch die Kreditwirtschaft zu diesen gesellschaftlich entscheidenden Bereichen gehört, wird durch die anhaltende und in ihrem weiteren Verlauf noch offene Finanzmarktkrise dramatisch demonstriert – dass sich selbst begrenzende Sparkassen und Genossenschaftsbanken hier stabilisierend wirken spricht dafür, das Bankwesen zumindest streng zu reglementieren (die pleiteträch-



Foto: Christian Kiel

tigen Eskapaden der Landeszentralbanken mit ihrem Verlassen dieses Weges bestätigen ihn eher als ihn zu dementieren).

Entscheidend wird aber sein, wie es gelingt, die Privatwirtschaft durch öffentlichen Einfluss auf gesellschaftliche Belange zu verpflichten und damit gleichsam partiell zu sozialisieren. Zwei Dinge halte ich, neben dem Ausbau sozialer und ökologischer Gesetzgebung, für denkbar:

Zum einen, ähnlich der Bewältigung der Stahlkrise in den 1980er Jahren, den regulierten Abbau von industriellen Überkapazitäten und den ökonomischen Strukturwandel, z.B. in der Automobilindustrie, durch zugeteilte Produktionsquoten für Unternehmen – unter sozial verträglicher Verkürzung und Umverteilung von Arbeitszeit. Die Funktion, die damals die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EKGS) wahrgenommen hat, müssten heute neue EU-Institutionen und Branchenräte übernehmen. Da der „Leidensdruck“ durch die weltweiten Überkapazitäten doch allgemein zunimmt, offenkundig beim endlosen Opel-Drama, scheinen mir rationalere Wege der Krisenbewältigung nicht aussichtslos. Zum anderen sollten wir die Renditeerwartungen des Kapitals nicht als ökonomisches Gesetz, sondern als sozial formbar begreifen, solange wir uns nicht ganz davon emanzipieren können. Das könnte bedeuten, sich auf sozial akzeptable Renditemargen für privates Kapital zu verständigen und alles darüber hinaus der gesellschaftlichen Verfügung zugänglich zu machen. Eine solche Gemeinwirtschaftsorientierung kann ich mir, da sie europaweit, wenn nicht global durchgesetzt werden müsste, nur als verbindende regulative Idee in jeweiligen – allerdings zu koordinierenden – sozialen Auseinandersetzungen vorstellen.

spw: Welche Mobilisierungskraft besitzen wirtschaftsdemokratische Ziele in der gewerkschaftlichen Arbeit?

» J.B.: Da bin ich mir selbst nicht ganz sicher. Auf der einen Seite sind die Konstruktion und die verbreitete Praxis der dem Repräsentationsprinzip nachgebildeten Betriebs- und Unternehmensmitbestimmung nicht gerade dazu angetan, Demokratie in der Wirtschaft erfahrbar zu machen. Daher ist Wirtschaftsdemokratie – zumindest gegenwärtig – kein Massenthema. Auf der anderen Seite zeigen historische und aktuelle Beispiele, dass Menschen sich in Bewegung setzen, wenn sie spüren, dass sie durch erweiterte Mitbestimmung Einfluss gewinnen auf ihre eigenen Angelegenheiten – gerade in den existenziellen Fragen von Arbeit und Wirtschaft:

Die Auseinandersetzungen um die Montanmitbestimmung in der Bundesrepublik, um die Investitionsfonds in Arbeitnehmerhand in Schweden oder – am radikalsten und unter nichtkapitalistischen Bedingungen – in der Neubestimmung des Verhältnisses von Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie im Prager Frühling des Jahres 1968, aktuell die Beteiligung und der Mitgliederzuwachs bei betrieblichen Auseinandersetzungen um die Unternehmensentwicklung und die Mobilisierung der IG Metall für regionalpolitische Konzepte der Krisenbewältigung sprechen für die Attraktivität von politischen Angeboten und Möglichkeiten, aus der Objektrolle herauszutreten und Ohnmachtserfahrungen und Ohnmachtskonstruktionen zu überwinden. Gegenüber dem „Terror der Ökonomie“ gibt es für die Umsetzung des politischen Konzepts „Demokratisierung der Wirtschaft“ für mich daher keine Gewissheiten, aber erfahrungsgestützte Potenziale. ■

☞ Das Interview führten Stefan Stache und Till van Treeck